

Nur noch bis zum Jahr 2020 bleibt Zeit zur Umkehr



In Nord-Alaska rutschten dieses Eskimo-Haus und dutzende weitere Richtung Atlantik. Grund: tauender Permafrostboden durch steigende Temperaturen und steigenden Meeresspiegel.

Foto: dpa

vor zwölf

Verglichen mit den Schäden, die ein ungebremster Klimawandel brächte, sei das nicht viel. „Ein gutes Investment, man muss es nur wollen“, meint der Ökonom.

Die Crux ist nur, wenn es darum geht, wissenschaftliche Ergebnisse wie den Weltklimabericht gegen die mächtige Industrielobby umzusetzen, kneifen die meisten Politiker. Mit dem Klimaschutz verhält es sich wie mit dem Frieden: Alle sind dafür, nur keiner will wirklich etwas dafür tun. Beispiel Emissionshandel: Der soll den Ausstoß von Kohlendioxid reduzieren. Doch ausgerechnet bei der wichtigsten Klimaschutzmaßnahme in der EU ist die Bundesregierung kein Musterknabe.

Jedes EU-Land setzt eine Obergrenze für den jährlichen CO₂-Ausstoß aus Kraftwerken und Industrie fest. Wenn ein Unternehmen mehr CO₂ verursacht, muss es Emissionszertifikate hinzukaufen, eine Art Verschmutzungsgutschein für teures Geld. Doch Deutschland hat die Grenze derart großzügig festgelegt, dass sogar noch mehr CO₂ ausgestoßen werden darf. Statt den Ausstoß zu deckeln, darf die Atmosphäre mit CO₂ vollgepumpt werden. Dabei steckt hinter den EU-Plänen eine clevere Idee: Wenn ein Kraftwerk das Klima mehr belastet als erlaubt, wird es zur Kasse gebeten – oder es investiert in Klimaschutz. 495 Millionen Tonnen im Jahr wollte die Bundesregierung als neue Obergrenze beim CO₂-Ausstoß. Erst nach Protesten wurde reduziert. Auf jetzt 465 Millionen. Doch für das Klima ist das viel zu viel: Maximal 453 Millionen Tonnen wollte die EU akzeptieren.

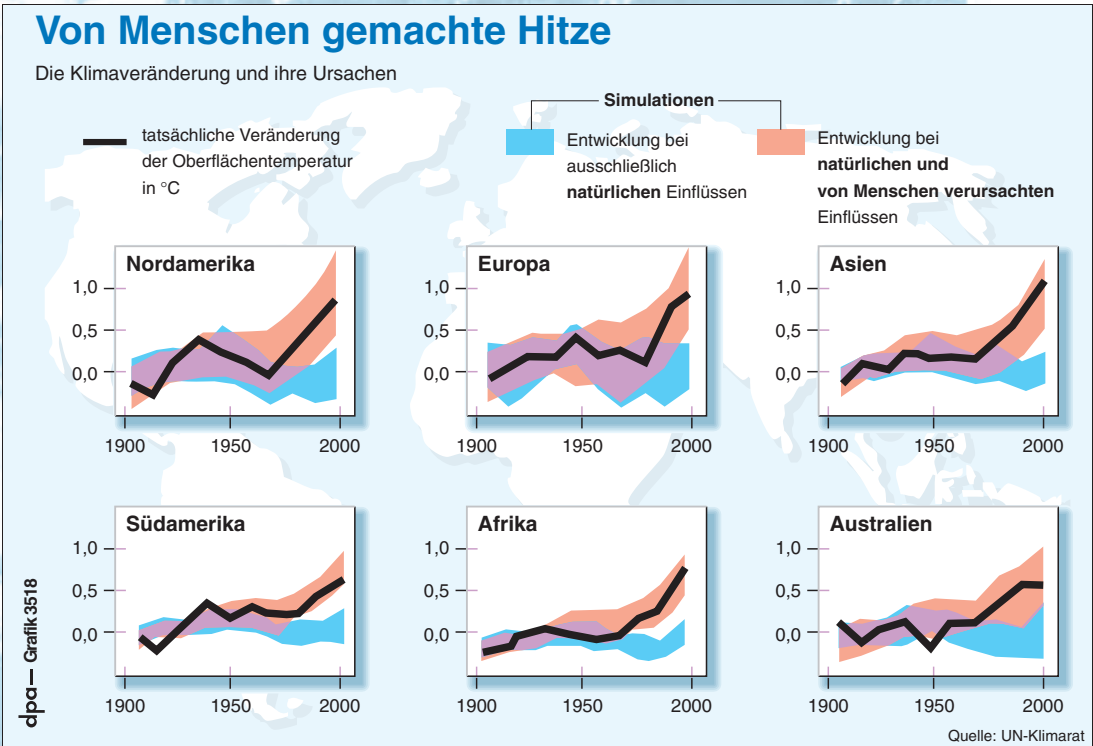
Der Bundesverband der Deutschen Industrie geriet in Panik und schrieb der Kanzlerin einen

bösen Brief: „Die Verständigung zum Emissionshandel gefährdet Wachstum und Investitionen am Standort Deutschland.“ Unterzeichnet ist das Schreiben auch von den Vorstandschefs der fünf größten Stromerzeuger. Kein Wunder, gerade Stromkonzerne sind am meisten gefordert, wenn es um Klimaschutz geht. Sie stoßen allein rund 26 Prozent der Treibhausgase aus, etwa 31 Prozent stammen aus Land- und Forstwirtschaft, 20 Prozent aus der Industrie, rund 13 aus Transport und Verkehr, etwa 9 Prozent fallen beim Heizen von Gebäuden an. Vor allem wegen des Energiehunger von Entwicklungsländern wie China und Indien wächst der CO₂-Ausstoß jährlich um drei Prozent.

Edenhofer ist dennoch optimistisch. Die EU-Länder müssen eine Vorreiterrolle für innovative Energietechnologien übernehmen. In den nächsten 20 Jahren werden weltweit gigantische 16 Billionen US-Dollar in die Energieerzeugung investiert, allein in den Stromsektor zehn Billionen. Der Klima-Ökonom sieht drei strategische Handlungsfelder: eine gewaltige Steigerung der Energieeffizienz, den Ausbau erneuerbarer Energien und die CO₂-Abscheidung in Kohle- bzw. Gaskraftwerken. Treibhausgas könnte chemisch gebunden und unterirdisch gelagert werden. Im Verkehr können Hybridautos oder Biokraftstoffe für ein besseres Klima sorgen.

Auch neue Atomkraftwerke sind nicht tabu. Der Ökonom will nicht spekulieren, ob der Klimakollaps verhindert werden kann: „Wir müssen in der Kategorie der Notwendigkeit denken.“ Es geht nicht nur um das Schicksal von Sylt, Hiddensee oder Poel.

Riesiges CO₂-Einsparpotenzial bei Haus und Heizung



Berlin (AP) Konsequente Investitionen in Altbauten und Heizanlagen könnten den CO₂-Ausstoß Deutschlands nach Ansicht von Fachleuten drastisch senken. Bis zu vier Millionen Heizungsanlagen in Deutschland seien technisch veraltet und müssten dringend durch moderne, energiesparende Wärmetechnik ersetzt werden, erklärte der Zentralverband Sa-

nitär Heizung Klima (ZVSHK) gestern. Der Chemiekonzern BASF betonte, bei einer wirksamen Wärmedämmung sämtlicher Altbauten könnte der CO₂-Ausstoß in Deutschland um 80 Millionen Tonnen pro Jahr gesenkt werden. „Das entspricht der Hälfte des jährlichen Ausstoßes aller deutschen Kraftfahrzeuge“, sagte BASF-Chef Jürgen Hambrecht gestern.

Hambrecht warnte vor einer panikartigen Debatte. Nur etwa zehn Prozent der 18 Millionen Heizanlagen arbeiten effizient und umweltfreundlich. Wärmeversorgung mache fast 40 Prozent des gesamten Energieeinsatzes aus; der Anteil könne laut BASF durch konsequente Modernisierung der alten Anlagen halbiert werden. www.wasserwaermeluft.de; www.basf.de

Erwärmung bedroht Ski-Sport

Sapporo (sid) Der Präsident des Internationalen Skiverbandes FIS fürchtet wegen der Klimerwärmung langfristig den Tod seines Sports. „Wenn die Klimerwärmung so kommt, verlieren wir zu erst alle Orte unter 1000 Meter. Dann stirbt irgendwann der Sport“, erklärte Gianfranco Kasper vor der Nordischen Ski-WM in Sapporo. In Japan finden erstmals in der Geschichte Wettbewerbe in der Halle statt.

Unter dem Schneemangel leide die Ski-Industrie, die fast keine Waren verkaufe. Massiv geschädigt sei die Tourismus-Branche.



Winterberg, Hessen, im Januar. Ohne Schnee und Skifahrer. Foto: dpa



Harte Arbeit. Reisbauern auf den Philippinen versuchen sich im ökologischen Landbau. Nassreis-Anbau – vor allem in Asien – trägt erheblich zum Methanausstoß in die Atmosphäre bei.

Foto: KNA

Umweltfreunde machen mobil

Al Gore. Der Umweltschützer und frühere US-Vizepräsident plant für den 7. Juli auf allen 7 Kontinenten das Megakonzert „Live Earth“ mit etlichen Popstars, um auf den drohenden globalen Klimainfarkt aufmerksam zu machen.

Foto: AP



Gerd Leipold. Der Chef der Umweltorganisation Greenpeace hat den deutschen Autobauern eine verfehlte Modellpolitik vorgeworfen. „Die deutschen Hersteller haben die Klimadebatte verschlafen“, meint der Öko-Aktivist.

Foto: AP



Franco Frattini und Sigmar Gabriel. EU-Umweltkommissar, Bundesumweltminister und 26 weitere EU-Umweltminister beschlossen unter deutschem Ratsvorsitz, den CO₂-Ausstoß der Gemeinschaft bis 2020 um mindestens 20 Prozent unter Nivea von 1990 zu drücken. Falls alle Industriestaaten mitziehen, will die EU die Emissionen sogar um 30 Prozent verringern.

Foto: dpa



Fritz Kuhn. Der Grünen-Fraktionschef hat die deutsche Wirtschaft aufgerufen, zur Abwendung einer Klimakatastrophe verstärkt auf innovative Produkte zum Energiesparen zu setzen. „Mit grünen Ideen kann man schwarze Zahlen schreiben.“

Foto: AP

Karl Lehmann. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz ruft zum Verzicht auf Autofahren in der Fastenzeit auf. So steuere man zur Verbesserung des Klimas bei. Der Kardinal unterstützt die Aktion „Autofasten“ der Kirchen.



PRESSESCHAU

„Nürnberger Nachrichten“

Wenn die Polkappen weiter schmelzen, kommt unweigerlich der Tag, an dem auch die Deiche in Hamburg nicht mehr halten. Wer sich des Elbhochwassers von 2004 erinnert, kann sich ausrechnen, was die Rettungs- und Umsiedlungsaktionen an den Küsten kosten würden. Das heißt: Es wird allerhöchste Zeit, dass EU und nationale Regierungen Nägel mit Köpfen machen und einen Klimaschutzplan aufstellen, der diesen Namen verdient. Vor diesem Hintergrund über ein Verbot von Glühbirnen und die Förderung von Hybridautos zu reden, hat absurde Züge. Das ist nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

„Berliner Zeitung“

Die CDU will die Atomenergie forcieren, die SPD die Dienstwagenbesteuerung ändern. Die Grünen wollen Werbung für spritfressende Geländewagen verbieten. Die CSU will eine Erbschaftssteuer mit Klimaschutzkomponente. Alles natürlich dem Wetter zuliebe. Nun will niemand bestreiten, dass jeder Vorschlag einen gewissen Klimaeffekt haben könnte. Doch oft geht es nur darum, ein geplantes oder umstrittenes Lieblingsprojekt im Windschatten der Erderwärmung wieder auf die politische Agenda zu setzen.

„Nordbayerischer Kurier“

Das Weltklima wird Mega-Thema, immer schonungsloser machen uns UN-Experten klar, dass nicht mehr viel Zeit zur Umkehr bleibt. Jetzt müssen Politik und Wirtschaft einen globalen Klimaschutz organisieren, um zu retten, was noch zu retten ist. Der Homo sapiens muss zeigen, dass er überlebensfähig ist.